

Soziale Prävention

Ergänzende Auswertungen der Prognos AG für die Staatskanzlei NRW

1. Wohlfahrtseffekte einer höheren Abiturientenquote
2. Wohlfahrtseffekte zusätzlicher Kinderbetreuungsplätze
3. Auswirkungen des Fachkräftemangels in Nordrhein-Westfalen auf die Steuereinnahmen des Landes

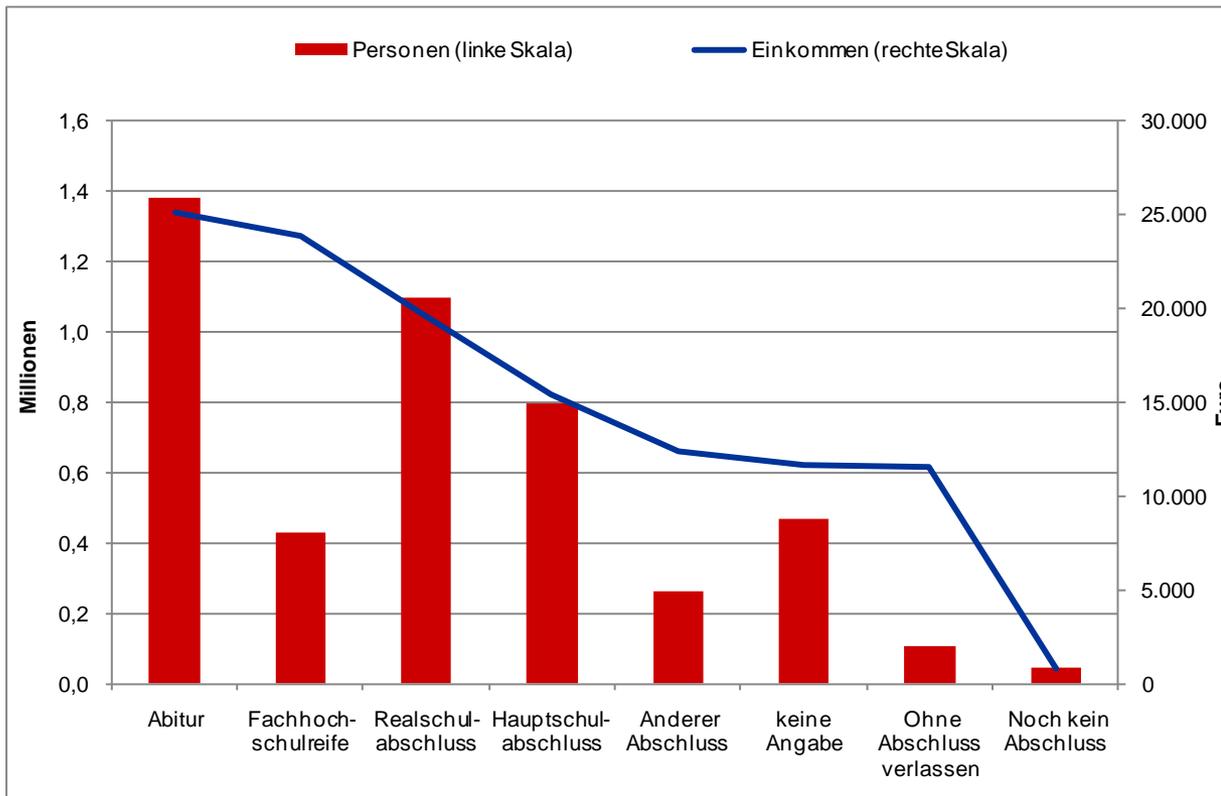
Nachrichtlich: Fallkosten der ambulanten Hilfen zur Erziehung

11.03.2011



1. Wohlfahrtseffekte einer höheren Abiturientenquote

Personen und durchschnittliches Erwerbseinkommen nach Schulabschlüssen in NRW im Jahr 2009 Altersgruppe 20- bis unter 40-Jährige



Je höher der Schulabschluss, desto höher fällt im Durchschnitt auch das spätere Erwerbseinkommen aus.

So liegt der Einkommensunterschied zwischen Personen mit Realschulabschluss und Personen mit Abitur bei durchschnittlich rund 5.500 Euro pro Jahr in NRW.

Welcher Wohlfahrtseffekt würde sich ergeben, wenn ein Teil der Personen mit Realschulabschluss stattdessen das Abitur erlangt hätte?

SOEP 2010, eigene Berechnungen

1.

Analyse der Zielpopulationen

Es wird zunächst die Einkommensverteilung der Personen mit Abitur und Realschulabschluss ermittelt nach:

- Alter (5 Jahresgruppen)
- Geschlecht und
- Einkommensquintil*

Es werden nur Personen berücksichtigt, die zwischen 20 und 39 Jahre alt sind. Diese Personengruppe würde demnach in den nächsten 20 Jahren durch die nachrückenden Schulabsolvent(inn)en ersetzt werden.

2.

Angleichung der Einkommensverteilung

Den Personen mit Realschulabschluss werden das durchschnittliche Einkommen der Personen mit Abitur zugewiesen, die in der selben Alters-, Geschlechts- und Einkommensgruppe sind.

Da alle Personen der Altersgruppe berücksichtigt werden, werden durch die Angleichung der Einkommensverteilung auch die Erwerbsneigung und Arbeitslosenquoten indirekt angeglichen.

Die Angleichung erfolgt in Szenarien für 10% bis 50% aller Personen mit Realschulabschluss.

3.

Verteilungseffekte

Basierend auf den geänderten Einkommen der Personen mit Realschulabschluss werden die

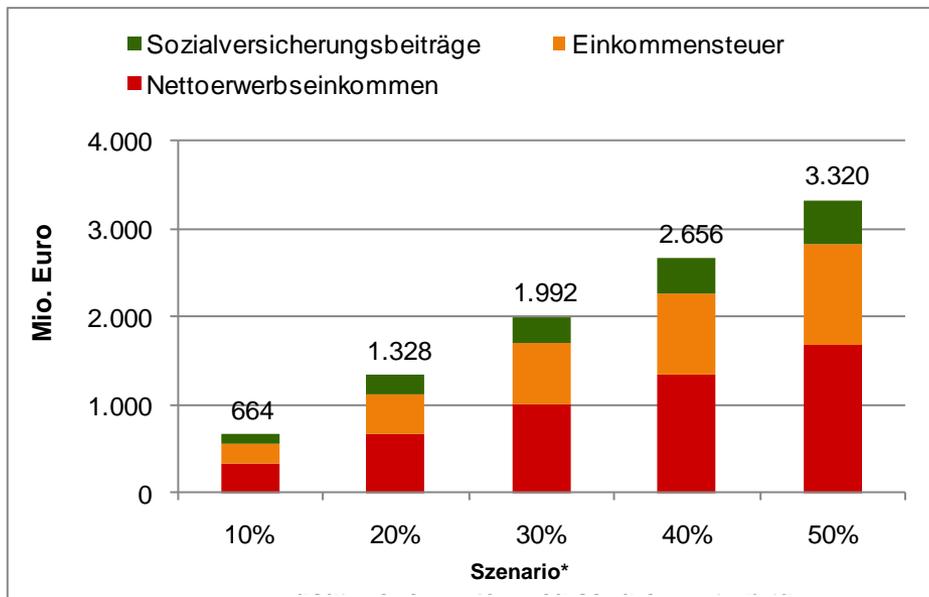
1. Einkommens- bzw. Wohlfahrtseffekte
2. steuerlichen Effekte
3. Effekte für die Sozialversicherung bestimmt.

Alle genannten Veränderungen werden auf der Mikroebene berechnet (Berücksichtigung der individuellen Lebensumstände) und anschließend auf NRW hochgerechnet.

Datengrundlage: SOEP 2010

*Quintile zerlegen die Einkommensverteilung in fünf Teile gleichen Umfangs. Im 1. und damit untersten Quintil sind bspw. 20% der Erwerbstätigen der jeweiligen Alters- und Geschlechtsgruppe mit dem niedrigsten Einkommen enthalten.

Hätten 50 % der Personen in NRW im Alter von 20 bis unter 40 Jahren anstelle eines Realschulabschlusses das Abitur erworben, würden sich Wohlfahrts-
effekte von insgesamt mehr als **3,3 Mrd. Euro pro Jahr** ergeben.



Eine höherer Anteil Abiturienten wirkt sich aufgrund der Steuerprogression insbesondere auf die Einkommensteuer aus – sie könnte um bis zu 1,1 Mrd. Euro steigen (50 %-Szenario).

Bei der Sozialversicherung (AG- und AN-Anteile) fallen aufgrund der Beitragsbemessungsgrenze hingegen vergleichsweise geringe Zugewinne (500 Mio. Euro) an.

SOEP 2010, eigene Berechnungen, Werte gelten für 2009

*Anteil der Personen mit Realschulabschluss, denen das durchschnittliche Einkommen der Personen mit Abitur, die in der selben Alters-, Geschlechts- und Einkommensgruppe sind, zugewiesen wurde

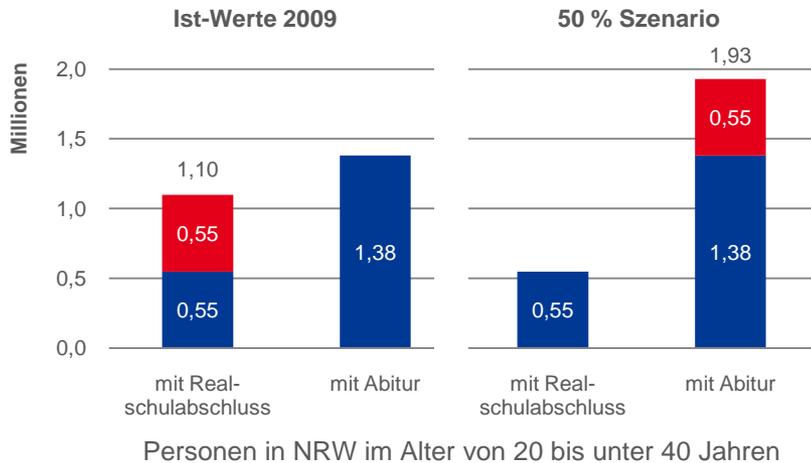
Bund, Länder und Kommunen teilen sich die Einkommensteuer, wobei der Bund neben den Bundesanteil (42,5 %) den gesamten Solidaritätszuschlag einhält. Die zusätzlichen Nettoerwerbseinkommen wurden der Gesellschaft zugeordnet.

Das Land NRW würde im 50 %-Szenario **469 Mio. Euro zusätzliche Einkommenssteuererträge** erzielen.

	10%	20%	30%	40%	50%
NRW	94	188	282	376	469
Bund	104	208	312	416	520
Kommunen (bundesweit)	30	60	90	119	149
Sozialversicherung	102	203	305	406	508
Gesellschaft	335	669	1.004	1.339	1.673
Gesamt	664	1.328	1.992	2.656	3.320

SOEP 2010, eigene Berechnungen, Werte gelten für das Jahr 2009

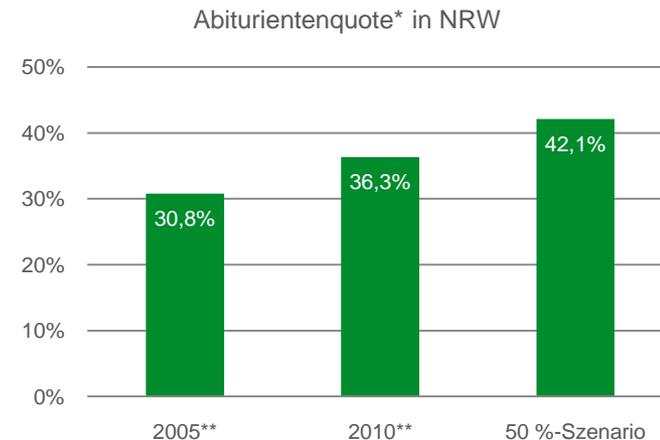
Wie viel mehr Abiturienten müssten heute die Schulen verlassen?



Im 50 %-Szenario wird unterstellt, dass 550.000 Personen im Alter von 20 bis unter 40 in NRW statt eines Realschulabschlusses das Abitur abgeschlossen haben. Das entspräche einem Anstieg des Anteils der Personen mit Abitur an der Gesamtbevölkerung in dieser Altersgruppe in NRW von aktuell 30,1% auf 42,1%.



Heute liegt die Abiturientenquote* bei 36,3%**.
Diese Quote müsste auf 42,1 % gesteigert und über die nächsten 20 Jahre gehalten werden.
 Dann würde sich in der Gesamtbevölkerung der Altersgruppe „20 bis unter 40“ der Anteil der Personen mit Abitur diesem Wert annähern.
Für das Jahr 2010 bedeutet dies, dass die Zahl der Absolventen und Absolventinnen mit Abitur von 77,6 Tsd. auf 90 Tsd. pro Jahr gesteigert werden müsste.



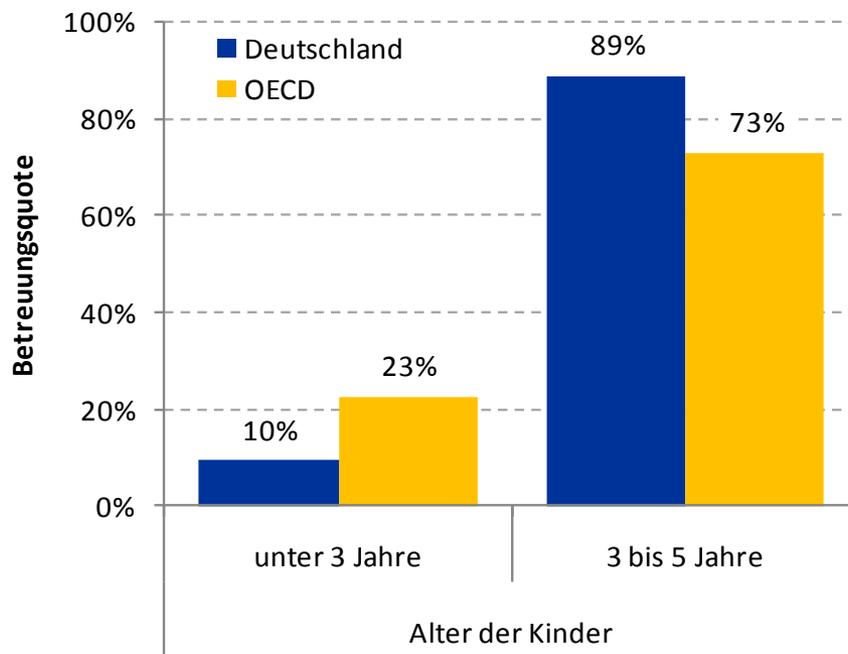
* Anteil der Absolvent(inn)en von allgemeinbildenden und beruflichen Schulen mit allgemeiner und fachgebundene Hochschulreife (ohne Fachhochschulreife) an der gleichaltrigen Bevölkerung
 ** Quelle: Statistisches Bundesamt (2011): Bildung und Kultur. Schnellmeldungsergebnisse der Schulstatistik zu Studienberechtigten der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen - vorläufige Ergebnisse - (und ältere Veröffentlichungen).

Fazit

- Abiturienten erzielen im Erwerbsleben ein **höheres Erwerbseinkommen** als Personen mit niedrigeren Schulabschlüssen. Im Durchschnitt verdienen in NRW Abiturienten in der Altersgruppe „20 bis unter 40“ jährlich 5.500 Euro mehr als Personen mit einem Realschulabschluss (Stand: 2009).
- Hätten 50% der heutigen Bevölkerung NRWs im Alter zwischen 20 bis unter 40 statt eines Realschulabschlusses die Hochschulreife erworben, ergäben sich für das Land NRW allein **Mehreinnahmen an Einkommenssteuern** in Höhe von **469 Mio. Euro** pro Jahr.
- Innerhalb von 20 Jahren ließe sich dieses 50%-Szenario erreichen, wenn der **Anteil der Absolvent(inn)en mit Abitur** in NRW **von heute 36,3% auf 42,1%** gesteigert werden könnte. Im Jahr 2005 lag dieser Anteil in NRW noch bei 30,8%, sodass eine weitere Steigerung in den nächsten Jahren nicht unrealistisch erscheint.
- Gelingt es den **Anteil der Absolvent(inn)en mit Abitur** in NRW **auf 40%** zu steigern, entspräche dies für das Land NRW **Mehreinnahmen an Einkommenssteuern in Höhe von 388 Mio. Euro pro Jahr**.
- Auch vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Fachkräftemangels insbesondere unter den Hochqualifizierten (siehe Modul 3) sollte die Zahl der Absolvent(inn)en mit Abitur in NRW weiter gesteigert werden.

2. Wohlfahrtseffekte zusätzlicher Kinderbetreuungsplätze

Kinderbetreuungsquoten in Deutschland und dem OECD-Durchschnitt

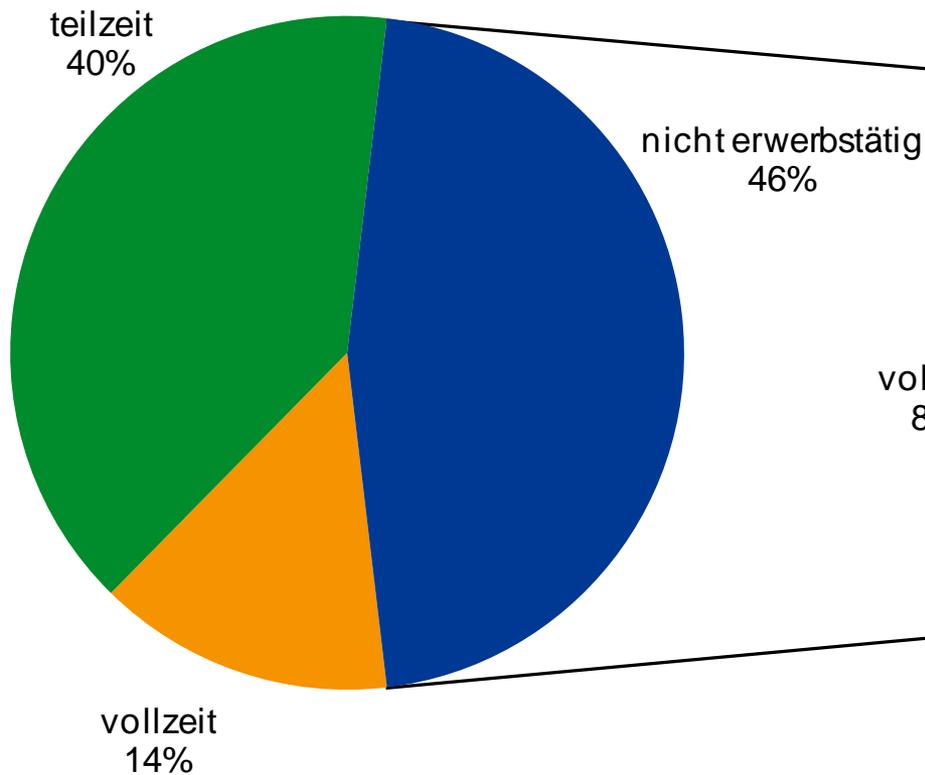


OECD, 2006

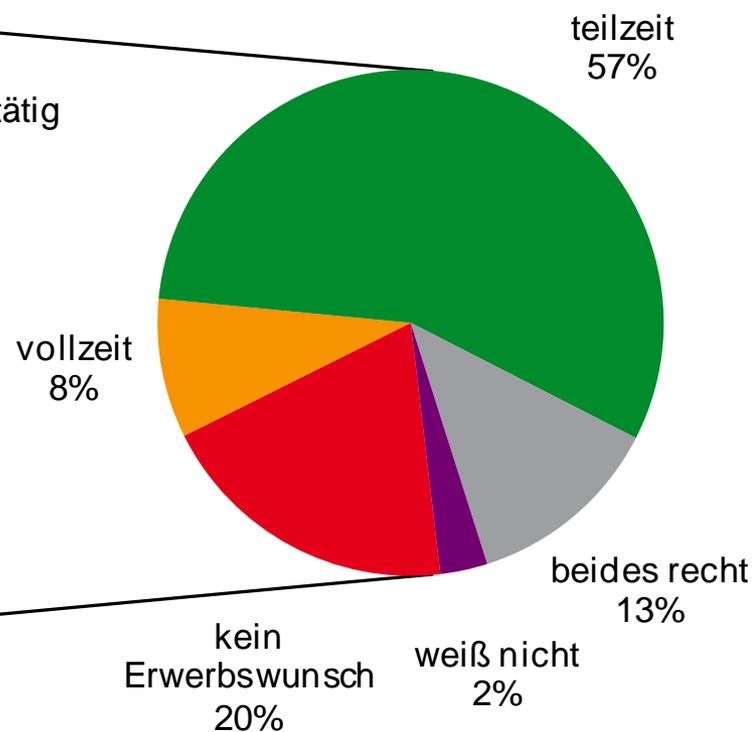
Nutzen des Ausbaus

- Mehreinnahmen aufgrund der zusätzlichen Erwerbsbeteiligung von Müttern und des benötigten Betreuungspersonals
- Einsparungen von Sozialtransfers (vor allem ALG II)
- positive Effekte der frühkindlichen Bildung von Kindern
- langfristig steigende Geburtenrate aufgrund besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Erwerbsstatus



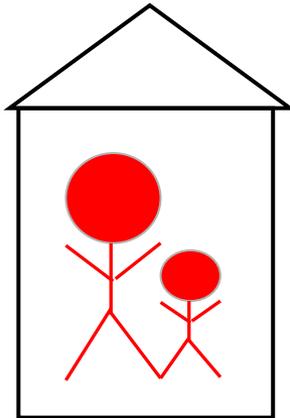
Erwerbswünsche nicht Erwerbstätiger



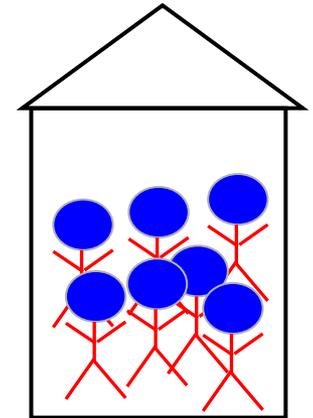
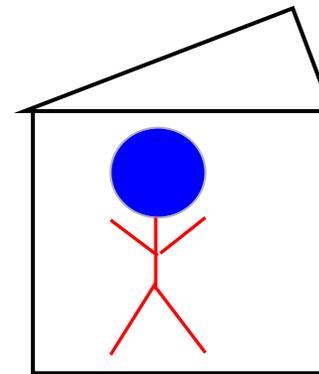
SOEP 2007, eigene Berechnungen, Werte gelten für das Jahr 2006

Welche Beschäftigungs- und Einnahmeeffekte sind durch den weiteren Ausbau außerhäuslicher Kinderbetreuungseinrichtungen und der damit ermöglichten **Realisierung von Erwerbswünschen** zu erwarten?

Ist-Zustand: Betreuungsschwerpunkt der Kinder in der Familie



Soll-Zustand: Ergänzung der familiären Betreuung durch außerhäusliche Kinderbetreuung



Schätzung des zusätzlichen Arbeitsangebots und der sich daraus ergebenden Zusatzeinnahmen bei der Einkommensteuer und den Sozialversicherungsbeiträgen

Problem:

Systematische Unterschiede zwischen erwerbstätigen und nicht erwerbstätigen Müttern, die zur Überschätzung des Einkommens der nicht Erwerbstätigen führen würden.

Unterschiede in:

- Kinder im Haushalt
- Bildung
- Erwerbswunsch
- Familienstand
- Herkunft

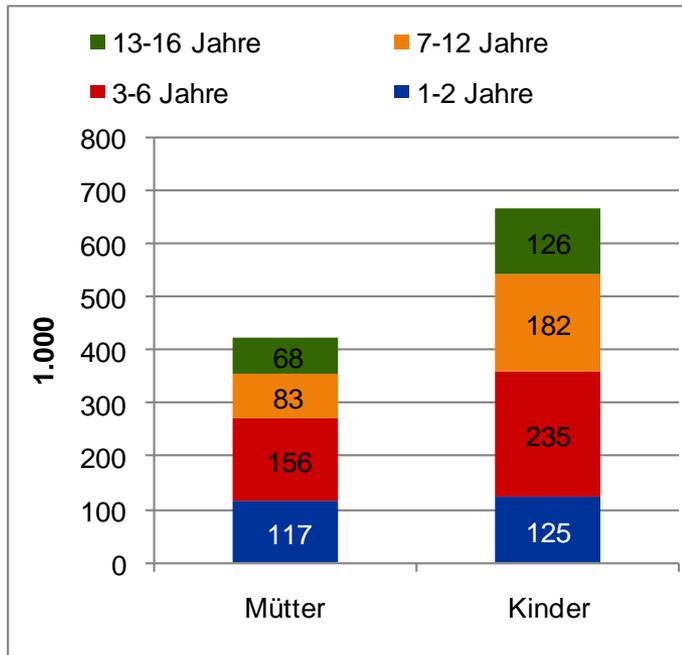
Lösung:

Schätzung der potentiellen Einkommen unter Berücksichtigung der individuellen Erwerbswahrscheinlichkeit mittels eines Regressionsmodells

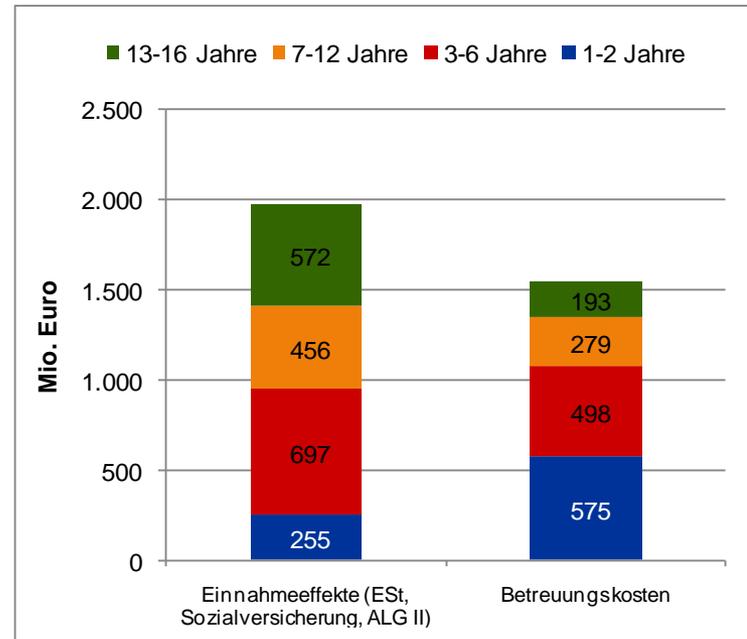
- In die folgenden Berechnungen werden lediglich Mütter einbezogen, die
 - ein jüngstes Kind haben, das zwischen 1 und 16 Jahre alt ist,
 - aktuell nicht erwerbstätig sind,
 - innerhalb von 2 Jahren wieder eine Beschäftigung aufnehmen wollen, aber
 - keine zeitlich ausreichende Kinderbetreuung für ihre Kinder finden können.
- Bei den Sozialversicherungsbeiträgen wurden lediglich die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung berücksichtigt, da es sich bei diesen Berechnungen um eine Kosten-Nutzen Analyse handelt. In den anderen Sozialversicherungszweigen stehen höheren Einnahmen gleichzeitig höhere Ansprüche gegenüber.
- Datengrundlage der Berechnungen ist das SOEP 2007 und somit das Datenjahr 2006

Insgesamt gibt es in NRW 424.000 Mütter mit 661.000 Kindern, die aufgrund fehlender Kinderbetreuung nicht erwerbstätig sind. Zum vollständigen Abbau des Betreuungsgengpasses wären 443.000 Betreuungsplätze erforderlich, die jährlich Betreuungskosten (Betriebs- und Ausbauskosten) iHv. **1,5 Mrd. Euro** verursachen würden. Dem stehen jedoch Einnahmefeffekte iHv. fast **2 Mrd. Euro jährlich** gegenüber.

Nicht erwerbstätige Mütter und zusätzlich zu betreuende Kinder in NRW

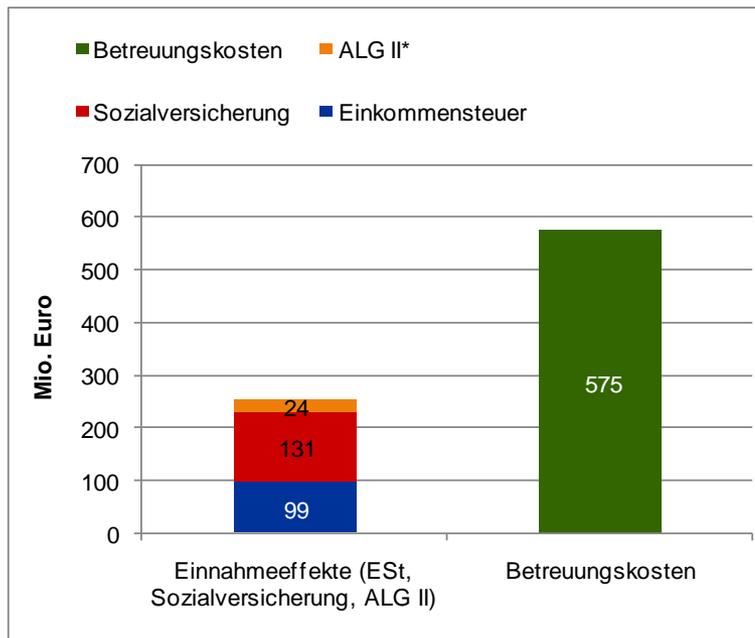


Zu erwartende Einnahmefeffekte und Betreuungskosten pro Jahr in NRW



SOEP 2007, eigene Berechnungen, Werte gelten für das Jahr 2006

Zu erwartende Einnahmefeffekte und Betreuungskosten pro Jahr in NRW



* Einsparungen beim Arbeitslosengeld II

SOEP 2007, eigene Berechnungen,
Werte gelten für das Jahr 2006

Ausgehend von den Erwerbswünschen der Mütter mit Kindern unter 3 Jahren im Jahr 2007 ist der Ausbau von 53.000 vollzeitäquivalenten** Plätzen für 125.000 Kindern NRW notwendig. Durch diesen bedarfsgerechten Ausbau wird 117.000 Müttern die (Wieder-)Aufnahme der Erwerbstätigkeit ermöglicht.

Den zusätzlichen Einnahmen durch die Erwerbstätigkeit der Mütter in Höhe von 239 Millionen Euro/Jahr stehen laufende Ausgaben in Höhe von 575 Millionen Euro pro Jahr für die zusätzlichen U3-Betreuungsplätze gegenüber.

Die Nettoausgaben zur Schaffung und den Betrieb bedarfsgerechte Plätze für Kinder im Alter unter 3 Jahren belaufen sich somit in NRW auf rund 336 Millionen Euro pro Jahr.

Ursächlich hierfür ist vor allem der hohe Personaleinsatz mit entsprechend hohen Betreuungskosten in dieser Altersgruppe.

** Ein Teil der Kinder bräuchte nur wenige Stunden am Tag betreut werden, etwa bei Müttern, die Teilzeit arbeiten wollen. Daher ist die Zahl der zusätzlich benötigten vollzeitäquivalenten Betreuungsplätze deutlich niedriger als die Zahl der zusätzlich zu betreuenden Kinder.

Alle ausgewiesenen Betreuungskosten enthalten sowohl Betriebskosten als auch Ausbaurkosten (Abschreibungszeitraum: 10 Jahre). Eventuelle Elternbeiträge werden hierbei nicht berücksichtigt.

Einrichtung	Kosten pro Vollzeitplatz und Jahr (Euro)	Quelle
Kinderkrippe	10.848	BMFSFJ (2006): Kosten betrieblicher und betrieblich unterstützter Kinderbetreuung
Kindergarten	7.116	
Ganztagschule	1.530	Friedrich Ebert Stiftung (2009): Bildungsausgaben im föderalen System

Zahl der nicht erwerbstätigen Mütter mit Erwerbswunsch nach Alter des jüngsten Kindes

Region	Alter des jüngsten Kindes	Mütter	davon ALG II-Empfängerinnen	Kinder	Erforderliche vollzeit-äquivalente Betreuungsplätze
		in 1.000			
Deutschland ohne NRW	1-2 Jahre	418	55	448	190
	3-6 Jahre	283	19	424	126
	7-12 Jahre	264	62	582	582
	13-16 Jahre	147	21	276	276
	Gesamt	1.112	157	1.737	1.163
NRW	1-2 Jahre	117	2	125	53
	3-6 Jahre	156	33	235	70
	7-12 Jahre	83	28	182	182
	13-16 Jahre	68	28	126	126
	Gesamt	424	91	661	443
Gesamt		1.536	248	2.398	1.605

SOEP 2007, eigene Berechnungen, Werte gelten für das Jahr 2006

Einkommenseffekte von derzeit nicht erwerbstätigen Müttern bei Aufnahme einer Beschäftigung

Region	Alter des jüngsten Kindes	Einkommen	Einkommensteuer	Sozialversicherung	ALG II
		in 1.000			
Deutschland ohne NRW	1-2 Jahre	5.752	362	965	431
	3-6 Jahre	4.188	260	694	96
	7-12 Jahre	4.275	375	567	499
	13-16 Jahre	2.682	162	416	201
	Gesamt	16.897	1.159	2.643	1.227
NRW	1-2 Jahre	3.894	99	131	24
	3-6 Jahre	2.075	99	311	287
	7-12 Jahre	1.163	68	165	224
	13-16 Jahre	1.555	144	226	202
	Gesamt	8.687	410	833	736
Gesamt		25.584	1.569	3.476	1.964

SOEP 2007, eigene Berechnungen, Werte gelten für das Jahr 2006

Gegenüberstellung der Einnahmeffekte und Betreuungskosten

Region	Alter des jüngsten Kindes	Einnahmeffekte (ESt, Sozialver. Beitr., ALG II)	Betreuungskosten	Saldo
		in Mio. Euro		
Deutschland ohne NRW	1-2 Jahre	1.759	2.062	- 303
	3-6 Jahre	1.050	899	151
	7-12 Jahre	1.441	890	551
	13-16 Jahre	780	422	358
	Gesamt	5.029	4.272	757
NRW	1-2 Jahre	255	575	- 321
	3-6 Jahre	697	498	199
	7-12 Jahre	456	279	177
	13-16 Jahre	572	193	379
	Gesamt	1.980	1.545	434
Gesamt		7.009	5.818	1.191

SOEP 2007, eigene Berechnungen, Werte gelten für das Jahr 2006

Fazit

- Es wurden lediglich **direkte monetäre Effekte** einer zusätzlichen Erwerbsbeteiligung von Müttern einbezogen, die nachweislich einen Erwerbswunsch haben, den sie aufgrund fehlender Kinderbetreuungseinrichtungen bislang nicht realisieren können.
- Diese Effekte stellen sich daher schon **kurzfristig** innerhalb von ein bis zwei Jahren ein. Voraussetzung ist, dass der Arbeitsmarkt ein entsprechendes Mehrangebot an Arbeitskräften aufnehmen kann. Vor dem Hintergrund eines sich abzeichnenden Fachkräftemangels dürfte diese Voraussetzung in den kommenden Jahre weitgehend erfüllt sein.
- An Erwerbseinkommen würden so allein in NRW **8,7 Mrd. Euro pro Jahr** zusätzlich erwirtschaftet. Die öffentlichen Haushalte würden schätzungsweise netto jährlich um rund **434 Mio. Euro** entlastet.
- Mittel- und langfristig lassen zusätzliche Kinderbetreuungsplätze weit höhere Effekte erwarten. In Studien wurde gezeigt, dass die **Förderung der frühkindlichen Bildung** zu höheren Bildungsabschlüssen der Kinder führt, wodurch deutlich höhere Einkommenseffekte erzielt werden. Langfristig ließen sich so bundesweit Einsparungen bzw. Einnahmegewinne in Höhe circa 35 Mrd. Euro jährlich realisieren.*

* Plünnecke, A., Seyda, S. (2007): Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik, IW-Analysen, Nr. 27, Köln. Diekmann

3. Auswirkungen des Fachkräftemangels in Nordrhein-Westfalen auf die Steuereinnahmen des Landes

Bis zum Jahr 2030 droht in NRW ein Fachkräftemangel von 730.000 Personen

Der Mangel betrifft alle Qualifikationsstufen, d.h. es handelt sich um allgemeinen Arbeitskräftemangel.

Bereits 2020 werden 630.000 Personen fehlen.

Der Arbeitskräftemangel tritt zunächst vor allem bei Akademikern auf.

Die Prozentzahl drückt aus, um wie viel Prozent das Arbeitskräfteangebot unter den getroffenen Annahmen hinter der für den jeweiligen Zeitpunkt prognostizierten Arbeitskräftenachfrage zurück bleibt.

Fachrichtung	Mangel in % im Jahr			
	2015	2020	2025	2030
Fachhochschule bzw. Universität einschl. Promotion				
Erziehungswissenschaften, Lehramt	-25%	-35%	-38%	-38%
Rechts-, Wirtschaftswissenschaften	-8%	-10%	-12%	-14%
Medizin	-19%	-28%	-36%	-41%
Naturwissenschaften, Mathematik	-2%	-1%	2%	1%
Ingenieurwissenschaften	-15%	-20%	-24%	-29%
Kunst	-9%	-8%	-12%	-18%
Andere Sprach- und Kulturwissenschaften	-15%	-19%	-23%	-26%
Lehrausbildung bzw. Fachschulabschluss				
Sprachen Kultur Sport	5%	6%	9%	15%
Management und Verwaltung	-8%	-11%	-14%	-15%
Wirtschaft allgemein	5%	9%	13%	16%
Finanzen, Banken, Versicherungen	-4%	-3%	-3%	0%
Handel, Lage	-15%	-21%	-25%	-26%
Sekretariats- und Büroarbeiten	-10%	-14%	-20%	-25%
Sonstige Wirtschaft Recht Soziales	-3%	-5%	-5%	-5%
Medizinische Dienste	8%	10%	11%	13%
Krankenpflege	-2%	-3%	-5%	-6%
Ernährungsgewerbe	-5%	-5%	-5%	-5%
Fertigungs-/Produktionstechnik	-12%	-16%	-21%	-25%
Feinwerktechnik, Gesundheitstechnik, Metalltechnik	0%	-1%	-2%	-3%
Elektrizität, Energie, Elektrotechnik	0%	-1%	-2%	0%
Elektronik und Automation, Kommunikation	8%	9%	9%	12%
Kraftfahrzeuge, Schiffe, Flugzeuge	6%	7%	9%	10%
Textil- und Bekleidungsstechnik/-gewerbe	-22%	-26%	-28%	-29%
Glas/Keramik, Holz, Kunststoff, Werkstoffe	11%	15%	18%	18%
Baugewerbe, Hoch- und Tiefbau	5%	6%	5%	4%
Verkehr, Post	1%	0%	1%	2%
Sonstige Ingenieurwesen, Verarbeitendes Gewerbe usw.	-4%	-5%	-7%	-9%
Kunst	2%	5%	11%	14%
Sonstige, ohne Angabe	-2%	-3%	-3%	-4%
Ohne berufliche Bildung	0%	0%	2%	6%

Drohender Fachkräftemangel kann zu Steuerausfällen in NRW führen

Der Fachkräftemangel kann zu erheblichem Wertschöpfungsverlust führen. Im Jahr 2030 kann die Bruttowertschöpfung rund 10% (rund 70 Mrd. Euro) niedriger ausfallen.

Für die Steuereinnahmen des Landes ergeben sich daraus im Jahr 2030 Ausfälle in Höhe von jährlich rd. 6 Mrd. Euro.

		2015	2020	2025	2030
Mögliche nominale Bruttowertschöpfung	Mrd. Euro	501,0	565,6	638,4	714,0
Drohender Wertschöpfungsverlust	Mrd. Euro	19,0	34,5	50,7	68,6
Anteil des drohenden Wertschöpfungsverlustes	Prozent	3,8%	6,1%	7,9%	9,6%
Mögliche Steuereinnahmen	Mrd. Euro	41,7	47,5	53,6	60,2
Drohender Steuerverlust	Mrd. Euro	1,6	2,9	4,3	5,8

*Die Ausfälle bei den Steuereinnahmen betreffen sowohl direkte als auch indirekte Steuern. Sie sind annähernd proportional zum Wertschöpfungsverlust. Für den Stützzeitraum der Projektion werden die Daten der Quelle http://www.fm.nrw.de/haushalt_und_finanplatz/haushalt/01_steuereinnahmen/index.php verwendet.

Fazit

- NRW droht bis 2030 ein **Arbeitskräftemangel von rund 730.000 Personen**. Bereits 2020 würden knapp 630.000 Personen fehlen. Der Arbeitskräftemangel tritt zunächst vor allem bei Akademikern auf. So können im Jahr 2020 möglicherweise rund 300.000 Stellen für Hochschulabsolventen nicht besetzt werden.
- Die maßgeblichen Einflussfaktoren sind der demografische Wandel und die Globalisierung. Ersterer führt zu einem generellen Rückgang der Personen im erwerbsfähigen Alter, letzterer beschleunigt den Strukturwandel sowie die internationale Arbeitsteilung und führt zu steigenden Anforderungen an die heimischen Arbeitsplätze, die in **qualifikatorischen Mismatches** münden können.
- Noch ist es möglich, dem Mangel vorzubeugen und ihn möglichst zu verhindern. Sollte es nicht gelingen, drohen **Steuerausfälle** für NRW von bis zu **6 Mrd. Euro pro Jahr**.
- Hierzu sind teilweise erhebliche Veränderungen erforderlich:
 - eine Erhöhung der **Erwerbsbeteiligung**, vor allem bei Frauen und älteren Erwerbspersonen
 - eine veränderte **Bildungsbeteiligung**, die einerseits zu einem höheren Anteil an Hochschulabsolventen führt und andererseits bestehende Bildungslücken durch gezielte **Fortbildung** schließt
 - eine moderate Ausweitung der wöchentlichen **Arbeitszeit** von Teilzeitbeschäftigten, sowie umfassende berufliche Weiterbildungsmaßnahmen. eine arbeitsmarktbezogenen substantielle **Netto-Zuwanderung**

Nachrichtlich: Fallkosten der ambulanten Hilfen zur Erziehung

Zur Vergleichbarkeit wurde wie in der Studie jeweils die Fallzahlen zum Stichtag 31.12. gewählt

Jahr	Fallzahlen NRW (Hilfen/Beratungen) Bestand zum 31.12. ¹		Gesamtkosten in NRW in Euro ²		Fallkosten NRW in Euro	
	2008 ³	2009	2008 ³	2009	2008	2009
Hilfen zur Erziehung (§ 27 SGB VIII)	9.507	10.969	84.064.000	144.119.617	8.842	13.139
Erziehungsberatung (§ 28 SGB VIII)	37.236	37.304	14.751.000	10.761.045	396	288
Soziale Gruppenarbeit (§ 29 SGB VIII)	908	1.015	16.308.000	14.429.926	17.960	14.216
Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer (§ 30 SGB VIII)	3.951	4.208	24.374.000	32.676.750	6.169	7.765
Sozialpädagogische Familienhilfe (§31 SGB VIII)	11.234	12.928	109.590.000	142.270.432	9.755	11.005
Erziehung in einer Tagesgruppe (§ 32 SGB VIII)	3.306	3.606	86.143.000	98.504.446	26.057	27.317

¹ IT.NRW: <http://www.it.nrw.de/statistik/e/daten/eckdaten/r312jugendhilfe1.html> , Abruf am 22.02.2011

² IT.NRW: Jugendhilfe in NRW; Ausgaben und Einnahmen für die Jugendhilfe – 2008, 2009

³ Die Änderungen in einzelnen Hilfearten können auf Untererfassungen im ersten Erhebungsjahr der neuen Statistik zurückzuführen sein.



Wir geben Orientierung.

Prognos AG – Europäisches Zentrum für Wirtschaftsforschung und Strategieberatung.

Ansprechpartner/innen

Dr. Ronny Wölbing
 Tel. +41 61 3273-313
ronny.woelbing@prognos.com

Dr. Heidrun Czock
 Tel. +49 211 8873-155
heidrun.czock@prognos.com